

Fwd: Europe – The future of European democracy

Keynote

Dr. Ulrike Guérot

Tagung vom 30. September bis 2. Oktober 2015 in der Französischen Friedrichstadtkirche sowie in der Ev. Bildungsstätte auf Schwanenwerder, Berlin

Ich bin eingeladen worden, heute über die Zukunft der europäischen Demokratie zu sprechen, und das mit Akteuren der Zivilgesellschaft, genauer der evangelischen Kirche, und vor allen jungen Leuten. Ganz herzlichen Dank für die Gelegenheit!

Ich hoffe auch, dass ich das heute tun kann, ohne so tief zu atmen, um nicht zu sagen zu hecheln, wie das Leider! auf jeden Podcast rüberkommt, den netterweise das PDU – Project for a Democratic Union – mit mir zur europäischen Demokratie gemacht hat und der gerade heute fertig geworden ist – ich bin immer selber schockiert, wenn ich das höre, und frage mich woher das eigentlich kommt. Auch darum habe ich heute einmal aufgeschrieben, was ich gerne sagen möchte, um nicht so rastlos zu sprechen, wie es offensichtlich immer meine Art ist.

Ich sagte, ich bin dankbar für die Gelegenheit; dabei weiß ich eigentlich gar nicht, ob das so stimmt. Denn wenn man reflektiert, wer hier mit wem diskutiert, wer vorträgt, dann ist es doch zumindest ein merkwürdiger Tatbestand, dass niemand hier, soweit ich weiß, der heute teilnimmt, jemand ist, der ein Amt oder ein Mandat hat, also ein Abgeordneter des Bundestages oder des EP, genauer: ein demokratisch gewählter Vertreter. Sondern es diskutiert die – jugendliche - Zivilgesellschaft unter sich und irgendwie abseits des realen politischen Betriebes. Und gerade dieses Sachverhalt möchte ich zum Ausgangspunkt meiner etwa 30mn Überlegungen machen.

Warum ist das so? es scheint also, dass sich Demokratie und Europa voneinander entfernt haben, auch in den diskursiven Räumen gleichsam voneinander entfernt haben; oder dass sich nationale Politiker nicht für europäische Demokratie interessieren; oder dass die europainteressierte Zivilgesellschaft abgekoppelt hat vom nationalen demokratischen Betrieb. Was auch immer der Grund ist, es kommt mir in der Tat immer mehr vor, als gäbe es hier gleichsam zwei parallel-Universen, wenn es um Europa geht, nämlich einmal diese europäische Zivilgesellschaft und einmal den „normalen“ demokratischen, aber national konturierten politischen Betrieb und beide scheinen nicht miteinander verkoppelt. Der erste Diskurs ist sehr jung, findet vorzugsweise im Internet statt, ist projektgetrieben, von lauter smarten, jungen Leuten (obgleich ich mich zugehörig fühle) die hier im Zuge eines societal redesigns eine neue europäische Welt sprichwörtlich denken und bauen und niederschreiben, wie diese aussehen sollte: ein neues Europa, #newEurope ist ja der Aufruf, den meine Co-Gründerin vom European Democracy Lab hier mit anderen engagierten Jugendlichen zusammen entworfen hat und der inzwischen einige mediale Beachtung findet.

Der zweite, der reale politische Betrieb ist weitgehend europa-avers, behandelt Europa bestenfalls als technisches Problem und immer auch irgendwie wie mit der spitzen Zange, etwas, das irgendwie fernab ist und eigentlich nicht richtig zur Sache pass, also wie einen Fremdkörper. Das ist dieser „Technokratie“-Vorwurf, den ich hier versuche zu umreißen, soll heißen, das Brüssel-Europa, über das gesprochen wird, ist einfach irgendwie nicht warm. Das liegt schon an den Worten: es geht meistens um Strukturreformen (wobei niemand so richtig ausbuchstabiert, was das denn sein soll), um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, oder eben um Rettungspakete. Die nationale Presse wiederum kursiert um diesen real-politischen Diskurs, während der societal design Diskurs über Europa weitgehend im Internet stattfindet. Die Frage ist also, wie beides sich zueinander verhält – und wie wir beides zusammenführen.

Davor aber steht die Frage, warum eigentlich bei Europa – und im Übrigen nur mit Blick auf Europa – der Anspruch der Zivilgesellschaft bei der Mitgestaltung so groß geworden ist. Ich

würde gerne die These in den Raum stellen, dass dies mit Blick auf nationale Demokratien nie so war. Der Begriff Bürgerdemokratie, Referendum, Zivilgesellschaft ist in dieser Verve nie appliziert worden, so wie das jetzt mit Europa geschieht, zugegebenermaßen bedingt durch die Europakrise, während der dieser Ruf nach einer Bürgerunion, einer europäischen Zivilgesellschaft immer lauter geworden ist – offensichtlich, weil man mit dem existierenden Europa und seinen Institutionen eben nicht zufrieden ist.

Der Punkt, den ich machen möchte ist, dass, wenn man auf nationaler Ebene nicht zufrieden ist mit der Politik, dann ruft man meistens nach einer neuen Regierung, einer neuen Partei, selten aber nach „mehr Zivilgesellschaft“ oder Bürgerdemokratie. Der nationale, demokratische Bürger hat ein Recht auf politische Faulheit. Er will vielleicht wählen, er hat ein Recht darauf, gut, das heißt moralisch anständig, regiert zu werden. Aber er hat auch ein Recht darauf, sich nicht permanent u Politik kümmern zu müssen.

Um ehrlich zu sein, war das meine, 1964-geborenen Realität. Politik kann machen, wer will, aber einen Zwang zu zivilgesellschaftlichem oder politischen Engagement gibt es nicht, jeder darf politisch faul sein. Anders formuliert: jeder darf und kann auf die politischen Institutionen vertrauen, ohne dass er etwas weiß, geschweige denn dass er aktiv mitmacht.

Als Anekdote dazu möchte ich von einem Radio-Quiz erzählen, den ich mal im Auto gehört habe – ich höre beim Autofahren oft so tralala-Sender mit guter Musik. Es gab einen Quiz für 1000,- Euro, Anfang der 0-er Jahre, weit vor der Eurokrise, die Frage lautete, wie wird der Bundeskanzler gewählt. Die Frau, sichtlich überfordert von der doch eigentlich leichten Antwort, bekam vier multiple choice Antworten zur Auswahl. Von der Bundesversammlung, dem Bundestag, direkt gewählt oder dem Bundestag.....und das ging so.....

Was sagt uns das? Nicht wissen und nicht Mitwirkung schafft Vertrauen. Die Frau hätte die Antwort natürlich wissen sollen, aber die Tatsache, dass sie es nicht gewusst hat, hat sie mitnichten irritiert oder ihr gar suggeriert, dass sie in einem schlechten politischen System wohnt, dass dieses System geändert werden muss oder aber dass dieses System mehr zivilgesellschaftliches, bürgerliches Engagement braucht.

Wenn wir das mal zur Analogie nehmen, dann ist das heutige Problem Europas, das Grundproblem der europäischen Demokratie – oder das vielfach beschworene europäische Demokratiedefizit vielleicht gar nicht fehlendes zivilgesellschaftliches Engagement oder die fehlenden Bürgerunion – sondern einfach mangelndes Vertrauen, das Vertrauen darin, dass die europäischen Institutionen einfach gut funktionieren, ganz egal ob ich etwas darüber weiß oder nicht.

Sollte ich hier einen Punkt haben – über den wir gleich auf dem Panel bitte trefflich streiten – dann sollten wir, und das wäre meine zweite These oder Frage an das Panel, vielleicht aufpassen, dass wir uns nicht in der Diskussion oder in unseren Forderungen verlaufen.

Der Diskurs, so schient mir – übrigens auch hier – ist sehr zivilgesellschaftslastig. Bürgerunion, europäische Bürgerdemokratie, Partizipation sind die Schlagworte und es sind unschuldige, es sind gute Schlagworte, aber wollen wir das? Ist das das eigentliche Ziel? Oder müsste unser eigentliches Ziel nicht sein, vernünftige europäische Institutionen zu schaffen, die vernünftigen Politik-Output in Europa erzeugen, damit, wie obiges Beispiel, die Frau im Quiz Europa vertrauen kann, ganz egal, was sie davon weiß und wie sie dabei mitmacht? Dann wäre die oberste Aufgabe, dass wir unsere nationalen politischen Parteien überzeugen bzw. sogar zwingen, diese vernünftigen und gut funktionierenden europäischen Institutionen zu schaffen – und wir sie abwählen, die Parteien, die das nicht machen. Das passiert zwar auch, scheint mir aber nicht das Kerninteresse zivilgesellschaftlichen Engagements zu sein – dessen originäres Interesse ja wiederum ist, die europäischen Dinge vermehrt selbst in die Hand zu nehmen.

In der Logik meines Argumentes wäre dann aber nicht mehr Partizipation, mehr europäische Bürgergesellschaft die Kernidee, nicht einmal im engeren Sinne europäische Demokratie, sondern im Wesentlichen ein funktionierendes politisches System in Europa, eines, in dem man eben das Gefühl hätte, gut aufgehoben zu sein, auch wenn man nur ab und zu mal wählt – eins eben, in dem man, wie in jedem nationalen politischen System, das Recht auf politische Faulheit hätte, wenn man kein Politik-Junckie ist sondern lieber Angeln geht.

Als Beispiel: ein Installationskünstler hat letzstens eine Installation gemacht (Youtube): 5 Leute an einer Töpferscheibe, die eine Schüssel zum Trinken formen sollten, es geht nicht....

Was sagt uns das jetzt, sollte ich hier einen Punkt haben? Vielleicht, dass die Forderung nach mehr Teilhabe in der Europapolitik – wie gut auch immer sie intentioniert sein mag - in die Leere läuft, zumindest solange sie nicht in Macht gebündelt und umgesetzt wird, an den real existierenden institutionellen Bedingungen Europas etwas zu ändern, die ja die politische Malaise erst hervorrufen. Wären die EU-Institutionen zufriedenstellend, gäbe es ja das Gerede nicht, würden wir uns nicht über die Troika (als „die Institutionen“ aufregen). Aber mehr Partizipation beseitigt die Troika nicht und bringt dem EP kein Initiativrecht, um es auf den Punkt zu bringen.

Armin Nassehi spricht in seinem neuen Buch „Die letzte Stunde der Wahrheit“ von asymmetrischen Machtstrukturen und mahnt an, dass u.a. durch die Internetwelt und social media einer großen gesellschaftlichen Gruppe ein politischer Machtbegriff verloren gegangen ist: Transparenz schafft Marine Le Pen nicht ab, Partizipation beseitigt Orban nicht. Während die Zivilgesellschaft sich engagiert, schnappen sich die Populisten oft die klassischen alten Partei – und Machtapparate und dominieren dann die nationalen politischen System, wäre die These. Sie sind immerhin demokratisch gewählt, die Zivilgesellschaft ist es nicht, sie ist gleichsam selbst ernannt. Anders formuliert und aktuell zugespitzt: die große Willkommenskultur auch in Österreich hat den Sieg der FPÖ in Oberösterreich am vergangenen Wochenende nicht verhindern können. Doch eigentlich sind doch Wahlen ein Grad- und Stimmungsmesser in der Bevölkerung? Ganz offensichtlich laufen hier also zwei Dinge auseinander und es könnte gefährlich werden. Und zwar ganz besonders für die europäische Jugend, also die, ihr, die ihr hier sitzt – und euch für europäische Demokratie stark macht, aktive Zivilgesellschaft leben wollt, Teilhabe einklagt, aber offensichtlich trotzdem keiner so richtig ein klassisches Mandat anstrebt? Wir sollten das diskutieren.....

Bekommen wir das also zusammen? Was heißt es eigentlich für eine junge Generation, wenn sie sich aktiv engagiert in einem politischen System, das irgendwie immer weniger liefert, was diese Jugend will – oder gar immer weniger in der Lage ist, genau das zu liefern? Warum ist scheinbar heute so uninteressant, in den Bundestag zu gehen und sich dort, wie ausgeführt, für eine Änderung der europäischen Institutionen einzusetzen?

Ich wage eine steile These hier, auch zur Diskussion: bei Europa wird immer von Eliten-Projekt geredet, und dagegen müsse man jetzt vorgehen. Aber nationale Demokratien sind auch eliten-Projekte – und sollten es sogar sein. Es ist einfach gut, wenn die klügsten Köpfe sich um die staatlichen Belange kümmern (Platonische Philosophenrepublik)

Heutige Problem: die europäische Jugend hat keinen Staat, den sie gestalten könnte, und zwar so gestalten könnte, dass es auch für Kevin in Brandenburg und Sophie im Ardèche passt.

Gleichzeitig haben die klugen Köpfe Europas aber heute auch keine Lust mehr, in nationale politische Prozesse einzusteigen, etwas als Abgeordneter oder als Beamter – weswegen man dies anders ausgebildeten Eliten überlässt: anders formuliert: der Erasmus-Student geht und will nicht ins Innenministerium. Da sitzt jemand, der an der Verwaltungshochschule Speyer

ausgebildet wurde. Und der geht dann aber in die monatlichen Treffen des EU-Innenministerrates. Dem Erasmus-Student bleibt die Partizipation und das zivilgesellschaftliche Engagement für ein besseres Europa.

Das ist eine gewagte These – ich freue mich auf das Panel. Aber irgendwie müssen hier zwei Narrationen, und auch zwei Segmente von Jugendlichen im Europa-Diskurs zusammengebracht werden – anders formuliert: der Erasmus-Jugend müsste ein staatliches System, eine europäische Einheit gegeben werden, dass sie gestalten kann.

Was könnte das sein? Europäische Republik/ Republik Europa. Grundsatz der allgemeinen politischen Gleichheit. Etc.

Neuer Parlamentarismus: Montesquieu/ Gewaltenteilung, statt Trilogie.

This is the claim!

Wahlrechtsgleichheit

Steuergleichheit

Gleicher Zugang zu sozialen Rechten

Regionen als konstitutionelle Träger?

Level playing field?

Entscheidung über gesellschaftliche Präferenzen! Nicht nationale Souveränität, die – siehe Flüchtlingsfrage – nicht zum Vorwand unmoralischen Verhaltens werden darf. (unterlassene Hilfeleistung ist strafbar im Strafrecht, auch wenn man als Person souverän ist!)

Souveränitätsgedanke/ Hobbes/ Leviathan/ Staatsgedanke und Europa passen nicht zusammen: Souveränität: no interference.

Darum können EU und Nationalstaaten nicht gleichzeitig souverän sein. Was sie im herrschenden Duktus aber sind....denn die EU greift ständig in nationalstaatliche Dinge ein.

Indes: Nationalstaaten und Republikidee sind kompatibel, denn Republik ist gemeinsamer Rechtrahmen, basierend auf dem gemeinsamen Wohl (res publica). Rechtsdominanz ist mithin nicht nur erlaubt, sondern sogar gefordert, eben zur Durchsetzung des gemeinsamen Wohles.

In der zisierten und feinschichtigen Unterscheidung von Staat und Republik, von (nationaler) Souveränität und Rechtsgemeinschaft (darunter gefasst eben auch der allgemeine Gleichheitsgrundsatz) liegt also der Schlüssel zu einer europäischen Demokratie, die dem Gemeinwohl, der res publica dient und in der über gesellschaftliche Präferenzen gemeinsam entschieden wird – ohne das Souveränität zum Schlupfloch für Partikularinteressen erhalten muss.

Insofern liegt die Zukunft der europäischen Demokratie in Europa als Republik!